



Pressemitteilung

Bundesregierung will doch an Bildung sparen!

Das Kabinett hat am 7. Juli den Haushaltsentwurf für 2011 und den Finanzplan bis 2014 von Finanzminister Schäuble gebilligt. Von den Einsparungen, die aufgrund der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse vorgenommen wurden, ist auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) betroffen. Von den derzeit 38 Mio. Euro sollen zzgl. der globalen Minderausgabe von derzeit 560.000 Euro im Jahr 2011 1,55 Mio., in den Folgejahren zwischen 4,8 und 5,053 Mio. gekürzt werden. Mit ihren Mitteln fördert die Bundeszentrale für politische Bildung u.a. auch die Bildungsarbeit der freien Träger der politischen Bildung.

In einer Pressemitteilung hierzu äußerte sich jetzt die Gesellschaft der Europäischen Akademien, einer der großen von der Bundeszentrale geförderten Dachverbände innerhalb der freien Träger:

„Die Kürzung soll erfolgen, obwohl die Bundesregierung stets beteuert, an Bildung nicht sparen zu wollen.

Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil der Bildung und in unserer Demokratie eine Daueraufgabe von Staat und Gesellschaft. Politischen Bildung soll Toleranz und Kritikfähigkeit vermitteln und stärken, demokratische Spielregeln verankern und damit zur Herausbildung und Weiterentwicklung von aktiver Bürgerschaft und gesellschaftlicher Partizipation beitragen.

Politische Bildung ist nicht nur in staatlicher Verantwortung zu leisten, sondern gemäß der pluralen und föderalen Verfassung der Gesellschaft auch durch freie Träger, die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe auch finanzielle Unterstützung durch den Staat brauchen. Politische Bildung ist eine Investition in die Zukunft und ein wirksamer Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Noch am 25.6.2008 haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD unter Mitwirkung von derzeit amtierenden Bundesministern einen Antrag „Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland“ eingebracht, in dem gefordert wurde, die politische Bildung und die Arbeit der Träger der politischen Bildung zu stärken. Nachdem bereits 2005 und 2006 deutliche Einschnitte bei der Bundeszentrale für politische Bildung vorgenommen wurden, ist nun jedoch zu befürchten, dass viele Bildungsträger den geplanten Kahlschlag nicht überleben werden.“

Der Vorstand der Gesellschaft der Europäischen Akademien äußerte weiter, „wir fordern die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, sich dafür einzusetzen, dass die bedeutsame und erfolgreiche Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung und der freien Träger in der bewährten Qualität fortgeführt werden kann. Wir erwarten, dass im Sinne des Regierungsversprechens, bei Bildung nicht zu sparen, Umschichtungen in den Haushaltsplänen der Regierung vorgenommen werden. Mittel für politische Bildung könnten aus dem Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, welchem in den kommenden Jahren erheblich mehr Mittel für Bildung zur Verfügung stehen, in den Etat des Innenministeriums für die Arbeit der Bundeszentrale und der geförderten Trägerorganisationen verschoben werden.“